Sachsenkommission zu überweisen, war der, den Parteitag nach Möglichkeit von der Behandlung dieser Frage zu entlasten, um einer Vertiefung der Gegensätze entgegenzuwirken. Der einmütig gefaßte Beschluß des Parteitages verpflichtet mich, eine neue Debatte über diese Frage zu verhindern. Ich muß annehmen, daß mit der eben abgegebenen Erklärung vielleicht eine neue Debatte heraufbeschworen werden sollte. (Rufe: Nein!) — Ich kann mir nicht denken, daß ein Mitglied der sächsischen Delegation glaubt, der übrige Parteitag werde für sich das Schweigegebot anerkennen, dem anderen Teile aber das Recht solcher Erklärungen lassen. (Lebhafte Zustimmung.) Ich möchte trotz alledem den Parteitag bitten, von jeder Diskussion Abstand zu nehmen und einen dahingehenden Beschluß zu fassen. (Sehr richtig!) Ich weiß, welche Aufgabe Sie mit der Annahme dieser Resolution dem Parteivorstand zuweisen. Wir waren in den verflossenen zwei Jahren oft in unserer Arbeit für die Gesamtpartei nahezu lahmgelegt, weil alle unsere Kräfte im sächsischen Konflikt verbraucht wurden. Das Martyrium, das wir ausgestanden haben, hat ein Ende damit, daß die gegen den Parteivorstand wegen seiner Haltung im Sachsenkonflikt erhobenen Angriffe durch den einmütigen Beschluß der Sachsenkommission, die sich aus Genossen der verschiedenen Auffassungen zusammensetzte, zurückgewiesen worden sind. Ich bitte Sie dringend, durch die möglichst einmütige Annahme des Beschlusses dem Parteivorstande die Kraft zu geben, die Auffassung der Gesamtpartei bei seiner schlichtenden Tätigkeit in Sachsen mit dem Nachdruck zu vertreten, der notwendig ist, wenn Ihr Wille durchgeführt werden soll. (Lebhafte Zustimmung.)

Der Parteitag beschließt darauf mit großer Mehrheit, keine weitere Diskussion zuzulassen. **Gegen die Stimmen der Sachsen wird dem Antrag der Sachsenkommission zugestimmt.**

Vorsitzender **Wels**: Ich richte von hier aus namens der Gesamtpartei an die Genossen der sächsischen Organisation die Aufforderung, daß, was sie am Schlusse ihrer Erklärung zum Ausdruck gebracht haben, nämlich daß sie loyalerweise helfen, die Einigung mit durchzuführen, dadurch zu bestätigen, daß auch für sie mit dieser Erklärung das letzte vergiftende Wort in dem Streit gesprochen sein soll. (Lebhafter Beifall.)

Darauf vertagt sich der Parteitag auf Freitag, 9 Uhr vormittags.

Schluß der Sitzung 5 Uhr 15 Minuten.

Bethke-Dresden gibt nachstehende schriftliche Erklärung zu Protokoll: In der Sitzung vom 14. September haben die Delegierten von Plauen i. V. erklärt, daß meine Behauptung: „führende Genossen aus Plauen i. V. hätten verhindert, daß der als Referent für die Verfassungsfeier für Plauen festgelegte Genosse Dr. Gradnauer sprechen konnte, falsch sei. Demgegenüber stelle ich fest, daß der Leiter des Republikanischen Reichsbundes aus Plauen i. V., Genosse Forster, unter dem 1. August 1925 an Genossen Dr. Gradnauer schreibt:

„Deutscher Republikanischer Reichsbund,
Gau Südwestsachsen.

Plauen i. V., den 1. August 1925.

Sehr geehrter Herr Dr. Gradnauer!

Verzeihen Sie, daß ich Ihnen erst heute auf Ihre Zusage, in Plauen zur Verfassungsfeier zu sprechen, antworte. Abgesehen davon, daß ich nach Ferienbeginn einige Zeit verreist war, haben sich erst kürzlich unvorhergesehene Schwierigkeiten in der Rednerfrage eingestellt.

Es handelt sich, wie ich Ihnen schon wohl mitgeteilt hatte, um eine gemeinsame Veranstaltung von Reichsbund, Reichsbanner, demokratischer Partei und SPD. Nachdem die beteiligten Organisationen einstimmig beschlossen hatten,

den Redner aus der SPD. zu nehmen, hat sich auch von dieser Seite kein Widerspruch gegen die in Aussicht genommenen Redner erhoben. Erst vor etwa 14 Tagen sind nun von führenden Persönlichkeiten der hiesigen SPD. Einwände gegen Sie gemacht worden. Alle Vermittlungsversuche sind gescheitert, und um nicht die ganze Veranstaltung zu gefährden, ist von dem eingesetzten Ausschuß der SPD. die Konzession gemacht worden, einen ihr genehmen Redner zu gewinnen. (K. Hermann-Eisenach.)

Es tut mir außerordentlich leid, daß ich Ihnen deshalb heute erst abschreiben muß; denn es ist sonst von seiner Seite Widerspruch erhoben worden, und der Vorgang hängt natürlich nur mit dem leider bestehenden Zwist in der SPD. zusammen.

Indem ich Ihnen nochmals für Ihre Bereitwilligkeit danke, begrüße ich Sie mit vorzüglicher Hochachtung gez. O. Forster."

Fünfter Verhandlungstag.

Freitag, den 18. September 1925, vormittags 9 Uhr.

Vorsitzender **Wels**: Die Sitzung ist eröffnet.

Die Mandatsprüfungskommission hat noch gestern das Resultat der Vorstandswahl und der Wahl der Kontrollkommission festgestellt. Es haben erhalten als Vorsitzende: Hermann Müller 327 Stimmen, Otto Wels 284, Crispien 247; als Kassierer: Friedrich Bartels 358, Ludwig 275; als Sekretäre: Adolf Braun 329, Dittmann 260, Marie Juchacz 335, Molkenbuhr 343, Stelling 312; als Beisitzer: Richard Fischer 275, Otto Frank 221, Karl Hildenbrand 263, Hilferding 261, Moses 217, Nemitz 229, Ryneck 236, Heinrich Schulz 273, Stahl 231, Stampfer 260, Aufhäuser 143, Fleißner 113, Frölich 173, Künstler 102, Wurm 107. Gewählt sind die bisherigen Beisitzer: Fischer, Frank, Hildenbrand, Hilferding, Moses, Nemitz, Ryneck, Schulz, Stahl und Stampfer. Ungültig waren vier Stimmzettel bei der Wahl der Vorsitzenden, ein Stimmzettel bei der Wahl der Kassierer, fünf bei der Wahl der Sekretäre und siebzehn bei der Wahl der Beisitzer.

Zur Kontrollkommission haben Stimmen erhalten: Lore Agnes 231, Wilhelm Bock 320, August Brey 288, Friedrich Brühne 309, Hengsbach 302, Löbe 324, Müller 278, Schönfelder 296, Treu 294 und Donalies 157. Die Kontrollkommission ist in ihrer alten Zusammensetzung wiedergewählt. Donalies hat die genügende Zahl der Stimmen nicht erhalten.

Ich schlage dem Parteitag nun vor, ehe wir zur Beratung des Parteiprogramms übergehen, noch den Rest unserer Tagesordnung aufzuarbeiten. Es handelt sich da zunächst um die Anträge 213 und 212. Beim Bureau ist angeregt worden, den Antrag 213, der sich auf die Alkoholfrage bezieht, durch die Annahme des Antrages Hoch zu derselben Frage für erledigt zu erklären. Ich schlage dem Parteitag vor, so zu verfahren.

Der Parteitag beschließt demgemäß.

Vorsitzender **Wels**: Der Antrag 212, der zur Esperantofrage Stellung nimmt, ist natürlich in der vorliegenden Form unannehmbar; immerhin ist die Frage der Welthilfssprachen der Beachtung wert. Ich empfehle daher, diesen Antrag dem Parteivorstand als Material zu überweisen.

Es wird so beschlossen.

Vorsitzender **Wels**: Wir kommen dann zu den Anträgen 205—208, die den nächsten Parteitag betreffen. Wir haben schon auf den letzten Parteitagen aus Zweckmäßigkeitsgründen von der Festlegung des Ortes für den nächsten Partei-